

Wie neu ist die neue Regierung?

"In dem Parlament erhob die Nation ihren allgemeinen Willen zum Gesetze, d.h. das Gesetz der herrschenden Klasse zu ihrem allgemeinen Willen." (marx)

Mit dem Augenblick, wo deutlich wurde, daß das Wahlergebnis eine Koalition zwischen SPD und FDP möglich macht, erblühten die im Keim nach wie vor vorhandenen Illusionen gewisser "Linker" zu großen strahlenden Blüten, so als wäre die "neue" Regierung schon eine grundlegend andere politik.

Wie sehen die Realitäten aus? Über die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung hat offen rechts bzw. faschistisch gewählt, (4,3% NPD sind auch zu sehen auf dem Hintergrund einer Hochkonjunktur im Vergleich zu 2,6% NSDAP 1928 am Vorabend einer Rezession).

Ist mit der neuen Regierung bereits in irgendeiner Weise an den Machtstrukturen dieser Gesellschaft gerüttelt worden? Eine FDP ohne Zöpfe bleibt eine Unternehmerpartei (s. Vorstellungen zur Mitbestimmung), und eine SPD mit Notstandsgesetzen kann nicht als links bezeichnet werden. Von einem "Linksruck" zu reden wäre Wunschdenken.

Insofern das Wahlergebnis eine Fortsetzung der CDU/CSU-Regierung und auch den Einzug der NPD in den Bundestag (=Koalition CDU/CSU und NPD) verhinderte, sollte es als Votum gegen diese Tendenz gewertet werden. Wenn es bei dem bloßen Votum bleibt, ändert sich zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung nichts. "Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an....: die eigentlichen "Staats"geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt." (Lenin) Es ändert sich nur das, was durch außerparlamentarischen Kampf und breite Aktivitäten erzwungen wird, indem die Massen praktisch zeigen: "Die da oben können nicht machen, was sie wollen."

Angeichts der weitverbreiteten Illusionen in Bezug auf die SPD sollte man warnen vor dem "parlamentarischen Kretinismus, der die Angesteckten in eine eingebildete Welt festbannt und ihnen allen Sinn, alle Erinnerung, alles Verständnis für die rauhe Außenwelt raubt." (Marx) Zu dieser rauhen Außenwelt gehört u.a., daß die Konzern- und monopolbosse die Funktion gerade der SPD darin sehen, die Arbeiterklasse und mit ihr selbstverständlich auch die Studentenbewegung reibungsloser in das System zu integrieren. Es liegt an uns, ob das funktionieren wird, nicht an der SPD.

Prüfen wir mal die SPD/FDP-Regierung bloß in Bezug auf den Hochschulbereich:

Welches sind unsere Forderungen zu grundlegenden Reformen des gesamten Universitätswesens, die weit über kurzfristige materielle Verbesserungen hinausgehen?

Wir fordern eine Universität, d.h. einen Wissenschafts- und Forschungsbereich, der ausgerichtet ist und eng verknüpft wird mit den Interessen und Bedürfnissen der Gesellschaft und zwar des Teils, der die wertschaffende arbeitende Bevölkerung darstellt und nicht des verschwindend kleinen Teils, der seine privaten Interessen mit denen der Gesamtgesellschaft identisch wähnt und den Staat bzw. die Kultusbükratie der Länder seine Geschäfte ausführen läßt.

Was sind die Interessen und Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung an Wissenschaft und ihren Ergebnissen? Es beginnt damit, daß wir kein Interesse haben an der Kriegsforschung - von Giftgasen über Massenvernichtungswaffen bis zu abstürzenden Starfightern; daß wir kein Interesse haben an der Erarbeitung und Erforschung von immer raffinierteren Mitteln und Methoden, wie man große Kreise der Bevölkerung verdummen, integrieren und am Erkennen ihrer gesellschaftlichen Lage hindern kann; daß wir kein Interesse daran haben, daß große Teile wissenschaftlichen Potentials damit beschäftigt und absorbiert werden, auszukügeln, wie ökonomische Krisen im Kapitalismus zu verhindern wären (obwohl die Geschichte den Beweis der Unmöglichkeit bereits erbracht hat), wie die Riesenprofite noch riesenhafter werden und wie die Konzerne und Monopole ihren gigantischen Konzentrationsprozeß fortsetzen können und schließlich brauchen wir keine Ideologien und Verschleierungslügen zur Aufrechterhaltung eines Herrschaftssystems, das nicht das unsrige ist.

Wir wollen Lehrer die ihren Schülern die Wahrheit sagen können, sie im Laufe ihrer Schulzeit befähigen, selber zu denken und kritisch zu prüfen und abzuwägen; wir wollen Biologen und Mediziner, deren einziges Ziel und Aufgabe es ist, ihre Wissenschaft zur Bekämpfung von Leiden und zum Wohle der Menschen einzusetzen; wir wollen Psychologen, Soziologen und Ökonomen, die aufzeigen, wie die wissenschaftlichen Möglichkeiten dieser Fachrichtungen für das kapitalistische System mißbraucht und pervertiert werden und welche Möglichkeiten offen stünden, würde sich die arbeitende Bevölkerung von den kapitalistischen Fesseln befreien. Wir wollen Studiengänge und Berufsperspektiven, die an derartigen - hier nur skizzenhaft angedeuteten - Erfordernissen und Bedürfnissen ausgerichtet sind. Maßstab hierfür ist nicht - wie die CDU-Propaganda wollte - der Vergleich mit der schlechteren Vergangenheit, sondern das, was nicht zuletzt bei ungehemmter Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution möglich wäre.

Wird nicht angesichts dieser Überlegungen schlaglichtartig deutlich, was wir von dieser neuen Regierung zu erwarten haben, wenn deren Chef vorschlägt, den Präsidenten des Wissenschaftsrats Leussink zum Bundesminister für Wissenschaft und Forschung zu machen? Die Vorstellungen des Wissenschaftsrats zur Hochschulreform kennen wir; auf einen Nenner gebracht, ist es das Bestreben, die Universitäten und Hochschulen von ihren veralteten Organisationsstrukturen und Arbeitsmethoden zu reinigen, zu Gunsten moderner technokratischer Rationalität, ähnlich der Struktur moderner Großunternehmen. Der Wissenschaftsrat ist um das seelische und gemeinschaftsgeistliche Wohl der Studenten besorgt und schlägt daher vor, eine "Mitwirkung" zu ermöglichen ganz analog zur "Partnerschaft" zwischen Kapital und Arbeit in den Betrieben. Das politische Bewußtsein der Studenten erscheint ihm beängstigend und für Mitbestimmung sind Studenten überhaupt nicht reif.

Man sollte auch nicht übersehen, daß die Unternehmerverbände jetzt den RCDS (auch den ADS) mit linken Phrasen aufpolieren, um durch ihn die Politisierung und das kritische Engagement der Studenten aufzufangen und zu integrieren.

Angesichts der Tatsache, daß zu erwarten ist, daß sich die neue Regierung der Universitäten und Studenten widmen wird, um die dort herrschende "Unruhe" zu kanalisieren, sollte diese Situation genutzt werden. Wir sollten der "neuen" Regierung für uns nützliche Zugeständnisse abringen:

- o Amnestie aller politisch verfolgten Studenten
(von der Aula aus agitiert man besser als aus der Gefängniszelle)
- o Recht auf unsere verfaßten studentischen Selbstverwaltungsorgane
Fachschaften, ASten, VDS etc.
(sie sind unverächtliche koordinierende Instrumente im Kampf für unsere studentischen Interessen)
- o Mitbestimmung in allen Entscheidungsgremien, insbesondere auch auf Institutsebene
bzw. dort, wo über Ausbildung, Lehrinhalte und Mittelvergabe entschieden wird
(Erkämpfen von Information und Herstellen kritischer Öffentlichkeit erleichtern die Mobilisierung der Basis)

Nehmen wir SPD und FDP beim Wort "gleiche Chancen für alle" und fordern wir Taten:
Brechung des Bildungsmonopols sowohl allgemein - mehr Arbeiterkinder an die Universitäten -
als auch Abschaffung des Numerus clausus im besonderen.

Nur wenn wir nüchtern und frei von jeglichen Illusionen über den Charakter der neuen Regierung mit solchen Forderungen den aktiven Kampf beginnen, werden wir nicht aus den Augen verlieren, daß letztendlich sowohl diese Mindestforderungen und vor allem unsere langfristigen Forderungen ganz genauso wie Tagesprobleme und auch grundlegende Veränderungen in dieser Gesellschaft nur realisierbar sind auf dem Weg über den langen gemeinsamen aktiven Kampf für die eigenen Interessen großer Teile der arbeitenden und studierenden Bevölkerung.

Rote Korrespondenz:

Extra 1	Produktivkraft Wissenschaft	DM 0,80
Extra 5	Universität im Klassenkampf	DM 1,00
Extra 6	Der Kampf geht weiter	DM 1.00

zu beziehen: Fred Schmid 8 München 23, Mainzerstr. 21

Herausgeber: SPARTAKUS ASSOZIATION MARXISTISCHER STUDENTEN - MÜNCHEN
verantwortlich: Johanna Hund, 8 München, Schleißheimerstr. 186/
Druck: Gebrüder Westenhuber, München, Haimera-Platz 4

Gruppenanschriften: SPARTAKUS, Assoziation marxistischer Studenten
Bochum: Klaus M. Bogdal, (4353) Oer-Erkenschwick, Im Siepen 27 Tel. 501
Bonn: Christoph Strawe, (53) Bonn, Rheinweg 161, Tel. 224944
Düsseldorf: Gerd Basse, (4) Nixenstr. 17
Essen: Peter Hemepel, (43) Essen, Papestr. 53
Frankfurt: Ella Klammer, (6) Frankfurt/m, Bornheimer Landstr. 55
Göttingen: Ilrich Piepkorn, (34) Göttingen, Spandauerweg 32
Hamburg: Heiner Ahrens, (2) Hamburg 50, Stresemannstr. 309, Tel. 438472
Köln: Joachim Schulz, (5) Köln, von Werthstr. 7 Tel. 236052
Mainz: Ute Knobloch, (65) Mainz, Otto Wels-Str. 14
Mannheim: Roland Müller ((944) Hemsbach, Rastenvurgerstr. 4
Marburg: Christoph Kievenheim, (355) Marburg, Renthof 1
München: Inge Bierlein, (8) München 50, Ernst-Platz 45 Tel. 544930
Münster: Thomas Buschermöhle, 44 Münster, Kreuzstr. 36
Nürnberg: Armin Schorler, (854) Schwabach, Nördlingerstr. 10 d
Regensburg: Erich Müller, (8401 Barbing, Sonnenstr. 1
Stuttgart: Michael Hollwart 7 Stuttgart, Olga-Str. 77a/II
Wuppertal: Helga Jakobi (4021) Metzhausen, Leipzigstr. 3